

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Ausschußbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 14.12.2004
	Schriftführer Herr Kredelbach
	Telefon-Nr. 02202/142237
<b>Niederschrift</b>	
<b>Hauptausschuß</b>	<b>Sitzung am Donnerstag, dem 2. Dezember 2004</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:05 Uhr - 19:55 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 17:50 Uhr – 18:00 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A     Öffentlicher Teil**

- 1.     Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit**
- 2.     Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin/eines stellvertretenden Schriftführers**  
*496/2004*
- 3.     Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 4.     Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.08.2004 - öffentlicher Teil -**  
*451/2004*
- 5.     Mitteilungen des Bürgermeisters –öffentlicher Teil -**
- 6.     Bevölkerungsprognose Bergisch Gladbach 2004**  
*532/2004*

7. **Wahl der stellvertretenden Hauptausschußvorsitzenden/des stellvertretenden Hauptausschußvorsitzenden**  
*497/2004*
8. **Stadtvertretung, Dienstreisen;**  
**hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**  
*482/2004*
9. **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 08.09.2004 über die Gewäh-  
rung von Zuschüssen zur kommunalen Entwicklungsförderung**  
*409/2004*
10. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**  
*521/2004*
11. **Feststellung des Jahresabschlusses 2003 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung  
"Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach**  
*529/2004*
12. **Benennung von Straßen im B-Plan Gebiet Nr. 1494 - Auf m Büchel - und der  
neuen Erschließungsstraße an der Straße Seelsheide**  
*504/2004*
13. **Gewerbegebiet Obereschbach;**  
**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2004**  
*530/2004*
14. **Beratende Mitglieder in Ratsausschüssen**  
*491/2004*
15. **Berufung der Mitglieder des Beirats für die Belange von Menschen mit Behinde-  
rung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**  
*528/2004*
16. **Bericht aus dem Integrationsbeirat**
- 17.1 **Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2004 zur Einführung eines Ratsinformati-  
onssystems**  
*534/2004*
- 17.2 **Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.2004 zum Thema "Bürgerhaushalt"**  
*533/2004*
18. **Anfragen der Ausschußmitglieder**

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1.     **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung  
- nichtöffentlicher Teil -**
  
2.     **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.08.2004 - nichtöffentlicher Teil -  
452/2004**
  
3.     **Mitteilungen des Bürgermeisters – nichtöffentlicher Teil -**
  
4.     **Ehrungen nach der Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bergisch Gladbach;  
hier: Verleihung der Silbernen und Goldenen Ehrennadel  
410/2004**
  
5.     **Abberufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 104 Abs. 2 GO NRW sowie Zurruesetzung gemäß § 45 Abs. 4, S.1, Nr.2 LBG  
507/2004**
  
6.     **Anfragen der Ausschußmitglieder – nichtöffentlicher Teil -**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlußfähigkeit

@-> Bürgermeister Orth eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß der Hauptausschuß rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen wurde sowie beschlußfähig ist.

Als Grundlage für die heutige Sitzung benennt er die Einladung vom 19.11. 2004 mit den dazu gehörenden Vorlagen.

Herr Schütz weist auf ein Schreiben vom heutigen Tage an alle Mitglieder des Rates hin, dem als Anlage eine Vorlage für dessen nichtöffentlichen Teil zu Personalangelegenheiten beigelegt wurde. Er möchte wissen, weshalb diese Vorlage im heutigen Hauptausschuß nicht vorbesprochen werde.

Bürgermeister Orth antwortet, daß die Ladungsfrist für den heutigen Hauptausschuß hinsichtlich dieser Vorlage nicht hätte eingehalten werden können. Der Rat müsse die Angelegenheit zunächst per Beschluß an sich ziehen, bevor er in der Sache diskutieren und entscheiden könne.

#### 2. <-@ Bestellung einer Schriftführerin/eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin/eines stellvertretenden Schriftführers

@-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

@-> <-@  
**Stadtoberinspektor Peter Kredelbach wird zum Schriftführer bestellt. Im Falle seiner Verhinderung wird Stadtamtsrätin Helga Monheim diese Aufgabe wahrnehmen.**

#### 3. <-@ Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

@-> Die Niederschrift wird genehmigt.

#### 4. <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.08.2004 - öffentlicher Teil -

@-> Frau Ryborsch stellt folgende Fragen:

1. Welche städtischen Fachbereiche seien an der internen Arbeitsgruppe zur

Umsetzung von Hartz IV beteiligt.

2. Werde die Verwaltung ebenfalls sogenannte „ Ein- Euro- Jobs “ anbieten?
3. Wie werde für den Fall eines solchen Angebotes die rechtliche Position der entsprechenden „ Arbeitnehmer “ aussehen?

Bürgermeister Orth antwortet, daß es hinsichtlich eines Angebotes der sogenannten „ Ein- Euro- Jobs “ in der Verwaltung derzeit keine konkreten Planungen gebe. Solche Arbeitsangebote seien dort auch nur in einem geringen Maße denkbar und müßten sich einerseits nach den gesetzlich vorgegebenen Kriterien und andererseits an der bisherigen Praxis bei „ Arbeit statt Sozialhilfe “ oder anderen arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen ( die immer auf Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit als Grund-erfordernisse abgestellten) richten.

Fachbereichsleiter Kreilkamp ergänzt, daß die Umsetzung von Hartz IV bislang in die Hände des Fachbereiches 5 -Jugend und Soziales- gelegt war. Es gebe eine Arbeitsgruppe, an welcher der Rheinisch- Bergische Kreis, die Agentur für Arbeit, die Stadt Bergisch Gladbach und die übrigen kreisangehörigen Kommunen beteiligt seien. Bergisch Gladbach werde in ihr durch Fachbereichsleiter Hastrich vertreten. Erst wenn abschließende Beschlüsse dieser Arbeitsgruppe umzusetzen seien, erfolge mit Blick auf einen geordneten Personal-, Material- und Raumeinsatz die Beteiligung auch der anderen Fachbereiche. Fachbereichsleiter Hastrich beabsichtige, die Auswirkungen kurzfristig schriftlich zusammenzufassen, so daß der Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte, die Personalwirtschaft und das Gebäudemanagement beteiligt werden könnten.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Bericht zur Kenntnis.

<-@

## 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

1. Bildung einer Arbeitsgruppe zur künftigen Gestaltung der Innenstadt-Entwicklung

-----  
--

Für Bürgermeister Orth ist eines der wichtigsten Themen der neuen Ratsperiode die Stärkung der Stadtmitte als Einzelhandels- und Dienstleistungszentrum, die Bindung der Kaufkraft und die Initiierung einer entsprechenden dynamischen Entwicklung.

Mit dem Beschluß des Planungsausschusses zur Korrektur des Flächennutzungsplans seien die Weichen für die Realisierung des Projekts Gladium gestellt worden. Die im Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan vereinbarten Fristen würden mit der Rechtskraft des Bebauungsplans in Gang gesetzt. Er erhoffe sich von der Realisierung dieses Projekts eine Signalwirkung für die Innenstadtentwicklung.

Gladium werde ein erster Schritt sein, führe aber allein noch nicht zum gemeinsamen Ziel. Er setze auf die gezielte Entwicklung der gesamten Innenstadt – vom

Driescher Kreuz bis zur Buchmühle.

Er wolle gemeinsam mit dem Rat die Rahmenbedingungen für eine ganze Reihe von Projekten schaffen: von der unteren Hauptstraße, über das Kopfgrundstück des Bahnhofs, die Erweiterung des Löwen-City-Centers bis zur Entwicklung des Buchmühlengeländes.

Es gelte in diesem Zusammenhang, die Verkehrs- und Parkplatzsituation zu lösen, die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Fußgängerzone zu steigern und ein aktives Leerstandsmanagement zu etablieren.

Aus dieser nicht abschließenden Aufzählung könne man ersehen, daß es sich um eine gewaltige Herausforderung handele. Sie verlange vor allem auch innerhalb der Stadtverwaltung eine Bündelung von Kräften, um diese interdisziplinäre Aufgabe zu bewältigen. Er beabsichtige, umgehend eine Projektgruppe mit ihrer Lösung zu beauftragen, der neben den verantwortlichen Fachbereichsleitern Kollegen aus der Stadtentwicklung, Planung, Wirtschaftsförderung und dem Bereich Verkehrsflächen angehören würden. Diese Projektgruppe werde unmittelbar an den Verwaltungsvorstand angebunden und künftig den weiteren Prozeß steuern.

Er beabsichtige des weiteren, Politik und Öffentlichkeit über die wesentlichen durch die Projektgruppe erzielten Eckpunkte und Meilensteine regelmäßig zu informieren – und zwar über die üblichen Ausschußsitzungen hinaus. Hierzu böten sich auch die künftig regelmäßig stattfindenden Sitzungen der Fraktionsvorsitzenden an.

Damit dieses Projekt gelingen könne, sei man auf die beste Zusammenarbeit mit Immobilieneigentümern, Projektentwicklern, Investoren und dem Einzelhandel angewiesen. Ohne sie werde sich in Bergisch Gladbach nichts bewegen. Er biete diese gute Zusammenarbeit an. Sein fester Wille sei es, die positiven Rahmenbedingungen für eine solche Entwicklung auch durch die neue Projektgruppe zu schaffen.

Den ausformulierten Projektauftrag werde er den Fraktionen in den nächsten Tagen zur Verfügung stellen.

Herr Freese bittet darum, bei den künftigen Planungen den öffentlichen Personennahverkehr im allgemeinen und den neuen Busbahnhof im besonderen mit zu berücksichtigen. Gerade letzterer besitze noch einige Schwachstellen, die zu beseitigen seien.

Frau Ryborsch begrüßt die Ausführungen von Bürgermeister Orth. Sie bittet um Information, wie der Sachstand hinsichtlich einer Umgestaltung der Haltestelle Markt sei. Sehr negativ werde von der Bevölkerung der desolate Zustand der Pflasterung in der Fußgängerzone wahrgenommen. Insgesamt bestehe mit Blick auf das im kommenden Jahr in Betrieb gehende neue Einkaufszentrum in Köln-Kalk ein dringender Handlungsbedarf.

Bürgermeister Orth informiert darüber, daß er hinsichtlich des Vermietungsstandes beim Projekt Gladium von einer positiven Entwicklung Kenntnis habe. Hinsichtlich des öffentlichen Personennahverkehrs bittet er darum, den ausformulier-

ten Projektauftrag abzuwarten und auf dessen Grundlage zu beurteilen, ob die Anregungen und Abgrenzungen den Vorstellungen der Fraktionen entsprechen.

Herr Dr. Kassner möchte wissen, wer die neue Projektgruppe leite. Des weiteren fragt er an, inwieweit die an der Projektgruppe Beteiligten von ihren dienstlichen Routineaufgaben freigestellt werden, damit schnell Ergebnisse erzielt werden könnten. Zuletzt interessiere ihn, ob ein Leerstandsmanagement auch für die Stadtteilzentren Bensberg und Refrath angedacht sei.

Bürgermeister Orth antwortet, daß über die Leitung der Projektgruppe noch nicht entschieden wurde. Mit Ihrer Einrichtung werde vor allem beabsichtigt, in der Verwaltung bereits vorhandene Aktivitäten hinsichtlich der Innenstadtentwicklung zu bündeln. Daher sehe er zunächst keinen Zielkonflikt mit den Routineaufgaben der in ihr zusammenzufassenden Mitarbeiter. Notwendige personelle Ressourcen würden in jedem Falle zur Verfügung gestellt.

Auch in den Geschäftszentren Bensberg und Refrath gebe es nicht zu verkennende Probleme, jedoch rechtfertige deren geringerer Umfang keine organisatorischen Maßnahmen analog der beschriebenen.

Herr Dr. Kassner wünscht eine Beteiligung der Politik sowohl hinsichtlich der Zwischen- als auch der Endergebnisse, die durch die Projektgruppe erzielt werden.

Dies wird von Bürgermeister Orth zugesichert.

## 2. Teilnahme an den CITY- DAYS in Marijampole vom 26.- 30.05.2005

---

Bürgermeister Orth informiert darüber, daß die Partnerstadt Marijampole beabsichtige, vom 26. bis zum 30.5.2005 mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erneut ihre Kultur-Konferenz CITY- DAYS zu veranstalten. Bergisch Gladbach könne zu dieser zwei Künstler als Repräsentanten entsenden. Auch wenn über die haushaltsrechtliche Situation für 2005 noch keine Klarheit bestehe, beabsichtige er dennoch, der Einladung zu entsprechen und städtischerseits einen Förderbetrag von 500 bis 1000 € bereitzustellen.

Hiergegen werden vom Hauptausschuß keine Bedenken erhoben

<-@

## 6. Bevölkerungsprognose Bergisch Gladbach 2004

@-> Verwaltungsmitarbeiterin Thoben erläutert in einem PowerPoint- gestützten Vortrag die Bevölkerungsprognose für Bergisch Gladbach im Zeitraum 2004- 2019. Die schriftliche Prognose wird allen Mitgliedern des Hauptausschusses ausgehändigt.

Danach beantwortet sie die aus der Mitte des Hauptausschusses gestellten Fragen.

Bürgermeister Orth würdigt die in der neuen Bevölkerungsprognose zusammengefaßten Daten als überaus wichtiges Arbeitsinstrument zu Aufgabenerfüllung in allen Be-

reichen der Verwaltung. Sofern das in der Prognose dargestellte Szenario zutreffe, habe sich die Verwaltung in den nächsten Jahren mit umfangreichen Anforderungen an die Erhaltung der Infrastruktur sowie die Schaffung weiterer Siedlungsflächen auseinander zu setzen. Dabei seien auch neue Instrumente wie z. B. die soziale Bodennutzung gefragt, ohne die die sich ankündigenden Konflikte und Aufgaben nicht zu lösen seien. Die vorhandenen Bedarfsplanungen in verschiedenen Bereichen, z. B. für die Kindertagesstätten, die Schulen, die Altenhilfe, die Spielplätze und die Friedhöfe, seien vor dem Hintergrund der Prognose zu überprüfen, anzupassen und müßten anschließend in ein integriertes Stadtentwicklungskonzept einfließen. Gerade im Bereich der Altenhilfeplanung solle die koordinierte Zusammenarbeit unter den bisher an ihr Beteiligten intensiviert werden, um der künftigen, ständig steigenden Anzahl alter Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Auf der anderen Seite seien auch Kindern und jungen Menschen ausreichende Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Dies umfasse den Bereich der Erziehung ebenso wie eine Gewährleistung von überhaupt finanzierbaren Lebensumständen. Gerade jungen Familien seien im Grundstücksbereich angemessene Angebote zu unterbreiten, um diese in der Stadt zu halten. Das Thema Baulandmanagement werde künftig verstärkt in den Mittelpunkt des Handelns rücken müssen. Beauftragt sei nunmehr zunächst Fachbereich 6 –Bauen und Planen–, federführend die Aussagen der Bevölkerungsprognose auszuwerten und in die künftige Bauleitplanung einfließen zu lassen. Er werde die Angelegenheit zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung des Hauptausschusses setzen, um die Politik umfassend über das Veranlaßte zu informieren.

Herr Hoffstadt weist auf die Anträge der SPD- Fraktion zur Familienpolitik und zum Beitritt zum Bündnis für Familien hin. Bergisch Gladbach werde künftig auf Zuwanderung angewiesen seien. An der sich entwickelnden Altersstruktur könne nichts geändert werden. Kümmern müsse man sich vor allem um die Altersgruppe der 30- bis 50-jährigen, die künftig dramatisch abnehme. Daher sei der von Bürgermeister Orth aufgezeigte Weg sinnvoll. 1999 habe die Verwaltung bereits eine Bevölkerungsprognose vorgestellt. Er möchte wissen, inwieweit sich das dort dargestellte Szenario erfüllt habe.

Verwaltungsmitarbeiterin Thoben erläutert, daß in der Bevölkerungsprognose von 1999 die Wanderungsbewegungen zu wenig berücksichtigt wurden. Diese hätten sich seither als wesentlich stärker erwiesen, weshalb dieser Aspekt in die neue Prognose in besonderer Weise eingeflossen sei. Die nunmehr veröffentlichten Zahlen seien wahrscheinlich nicht zu niedrig angesetzt. Sie geht davon aus, daß in ein paar Jahren eine neue Anpassung erforderlich sei.

Herr Dr. Kassner weist darauf hin, daß der Erhalt des derzeitigen Einwohnerniveaus sehr stark auch vom Wirken der politischen Entscheidungsträger abhängen. So könne man zum Beispiel durch einen Verzicht auf sozialen Wohnungsbau die Entwicklung einer Kommune in erheblicher Weise negativ beeinflussen. Zunächst sei ein Einvernehmen darüber herbeizuführen, ob der Erhalt einer Einwohnerhöhe von 110.000 überhaupt angestrebt werde. Des weiteren sei die künftige Bevölkerungsstruktur zu hinterfragen. Die Zahlen der neuen Prognose müßten Grundlage für künftige stadtteilbezogene Strukturmaßnahmen im Bereich von Kindergärten, Schulen, Jugend- und Alteneinrichtungen sein.

Für Frau Ryborsch ist die künftige Entwicklung der Stadt vor allem eine Frage der

Wirtschaftsförderung. Sie hänge maßgeblich vom Angebot an Arbeitsplätzen und dem sie begleitenden Rahmen u. a. aus ÖPNV, Kultur und gemeinnützigen Einrichtungen ab.

Auch Herr Schütz geht von gewissen Möglichkeiten einer politischen Steuerung der künftigen Entwicklung aus. Durch eine familienfreundliche Stadtgestaltung könne die Geburtenrate durchaus positiv beeinflußt werden. Keine wirkliche Lösung sei es, junge Familien aus anderen Kommunen abzuwerben. Zu steuern sei der Zuzug im Hinblick auf die Sozialstruktur. Mit z. B. einer Erhöhung des Anteils an Sozialhilfeempfängern sei der Stadt nicht gedient. Er fragt an, ob eine Vorstellung der Bevölkerungsprognose auch im Planungsausschuß möglich sei.

Herr Hagen bittet um Aufklärung der Diskrepanz zwischen der in der Presse veröffentlichten Einwohnerzahl Bergisch Gladbachs von 105.000 Einwohnern zu den der Prognose zu Grunde gelegten 110.000. Durch die Heranführung der Grenzen des Landschaftsschutzes an die vorhandene Bebauung sei eine Verknappung von Bauflächen erfolgt, was wiederum die Baulandpreise stark habe ansteigen lassen. Zur Zeit werde der Landschaftsplan Süd aufgestellt, der auch Teile von Bergisch Gladbach erfasse. Er fordert die Verwaltung auf, hier ein zu nahes Heranrücken der Landschaftsschutzgrenzen zu verhindern, so daß nicht wiederum die von ihm beschriebene Entwicklung erfolge. Die Arbeiten am Plan seien derzeit im Gang.

Verwaltungsmitarbeiterin Thoben erklärt die von Herrn Hagen beschriebene Diskrepanz damit, daß die in den Medien veröffentlichte Einwohnerzahl von Bergisch Gladbach auf den Daten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik beruhe, die wiederum auf den Ergebnissen der Volkszählung von 1987 basierten. Seinerzeit durfte kein Abgleich zwischen den Einwohnermeldedateien und den tatsächlich gezählten Personen erfolgen. Demgegenüber stützten sich die Aussagen der neuen Bevölkerungsprognose auf das städtische Melderegister, dessen Informationen differenziert verwertbar seien. Sie geht davon aus, daß das Melderegister erheblich genauer ist als die dem LDS vorliegenden Informationen.

Frau Beisenherz- Galas sieht in einer Förderung der Erwachsenenbildung und in einer Ansiedlung von Instituten der Universität oder einer weiteren Fachhochschule Möglichkeiten, junge Menschen an die Stadt zu binden.

Herr Albrecht möchte sich zunächst mit der Prognose befassen, bevor er in eine weitere Diskussion eintritt.

Herr Nagelschmidt möchte wissen, ob sich auf der Basis des erarbeiteten Zahlenmaterials im Planungsausschuß Prognosen hinsichtlich der künftigen zahlenmäßigen Entwicklung der Haushalte bzw. Wohnungen erstellen lassen.

Verwaltungsmitarbeiterin Thoben bestätigt, daß in der Vergangenheit der Wohnflächenbedarf der Einzelpersonen stetig gestiegen sei. Sie geht allerdings davon aus, daß sich dieser Trend nicht mehr so stark fortzusetzen werde.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffstadt stellt sie klar, ihre Dienststelle verfüge über die notwendigen Daten hinsichtlich der Struktur der Bergisch Gladbach Haushalte.

Bürgermeister Orth ergänzt, daß in Bergisch Gladbach der derzeitige Platzbedarf pro

Person bei etwa 42 Quadratmetern liege. Ein weiterer linearer Anstieg sei kaum zu erwarten. Dies gelte analog auch für die Weiterentwicklung der Haushaltsformen. Auch bei den Single-Haushalten sei kein Anstieg wie bisher mehr zu erwarten.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß den Vortrag zur Kenntnis.

<-@

7. **Wahl der stellvertretenden Hauptausschußvorsitzenden/des stellvertretenden Hauptausschußvorsitzenden**

@-> Herr Hagen schlägt für die CDU- Fraktion vor, Herrn Albrecht den stellvertretenden Ausschußvorsitz zu übertragen.

Frau Ryborsch beantragt, die Sitzung für 10 bis 15 Minuten zu unterbrechen.

Daraufhin unterbricht Bürgermeister Orth die Sitzung für 10 Minuten.

Im Anschluß daran schlägt Herr Waldschmidt für die Fraktionen von SPD, KIDitiative und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vor, Frau Ryborsch den stellvertretenden Ausschußvorsitz zu übertragen. Dies sei ein Ausgleich dafür, daß die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei der Wahl der stellvertretenden Bürgermeister/Bürgermeisterinnen ungeachtet ihrer Stärke keine Berücksichtigung fand.

Sodann läßt Bürgermeister Orth über die beiden Vorschläge abstimmen. Für Herrn Albrecht stimmen die CDU (fünf Mitglieder) und die FDP (zwei Mitglieder), für Frau Ryborsch die SPD (fünf Mitglieder), BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN (zwei Mitglieder) und KIDitiative (ein Mitglied). Hieraus ergibt sich folgender mehrheitlicher

**Beschluß:**

**Zur stellvertretenden Hauptausschußvorsitzenden ist Frau Magda Ryborsch gewählt.**

Aus der Mitte der CDU- Fraktion werden Zweifel daran geäußert, daß Herr Freese für den gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen von SPD, KIDitiative und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gestimmt habe. Hinsichtlich der Wahl von Frau Ryborsch liege somit Stimmengleichheit vor, weshalb diese abgelehnt sei.

Herr Freese betont, daß er für den gemeinsamen Wahlvorschlag von SPD, KIDitiative und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gestimmt habe.

Bürgermeister Orth schlägt vor, die Wahlabstimmung zu wiederholen.

Dies wird von der CDU- Fraktion abgelehnt.

Bürgermeister Orth stellt daraufhin fest, daß Frau Ryborsch mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, KIDitiative und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gewählt wurde.

<-@

8. **Stadtvertretung, Dienstreisen; hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung**

@-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> **Die Dringlichkeitsentscheidung vom 15.09.2004 wird genehmigt.**

<-@

9. **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung vom 08.09.2004 über die Gewährung von Zuschüssen zur kommunalen Entwicklungsförderung**

@-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß:**

<-@

@-> **Die Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 2 GO NRW über die Verwendung des Landeszuschusses zur Förderung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit vom 08.09.2004 wird genehmigt**

<-@

10. **Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**

@-> Bürgermeister Orth informiert darüber, daß er in der Ratssitzung am 27.1.2005 eine Entscheidung über die städtepartnerschaftlichen Maßnahmen für 2005 und die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel herbeiführen möchte.

Frau Ryborsch lobt die Qualität der Vorlage. Im Bereich der städtepartnerschaftlichen Beziehungen werde mit einer relativ geringen finanziellen Ausstattung viel bewirkt.

Frau Koshofer schließt sich diesem Lob an.

Im übrigen nimmt der Hauptausschuß die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

<-@

11. **Feststellung des Jahresabschlusses 2003 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Städtische Feuerwehr" der Stadt Bergisch Gladbach**

@-> Herr Waldschmidt weist darauf hin, daß die Feuerwehr im städtischen Haushalt einen erheblichen finanziellen Bedarf erzeuge. Er möchte wissen, ob man sich vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage Gedanken zu einer Kostenminimierung gemacht habe, ohne für eine solche die gesetzlichen Bestimmungen und Vorgaben des Rates zu mißachten. In Betracht kämen eine interkommunale Zusammenarbeit mit Odenthal und Leverkusen oder der weitere Ausbau der freiwilligen Feuerwehr. Für letzteres könne die Werbung verbessert werden, um insbesondere städtischen Mitarbeitern einen Anreiz zu geben.

Bürgermeister Orth betont, daß die interkommunale Zusammenarbeit für die Verwaltung wichtig sei. Sie werde bei seinen Besprechungen mit den Hauptverwaltungsbeamten des Kreises künftig ständiges Thema sein. Die Anstrengungen, weitere Mitglieder für die freiwillige Feuerwehr zu werben, hielten unverändert an. Gerade die Mitarbeiter der Verwaltung beteiligten sich überdurchschnittlich stark an der Besetzung.

Herr Nagelschmidt weist darauf hin, daß die Liegenschaft der alten Feuerwache Nord immer noch im Anlagevermögen der Feuerwehr enthalten sei. Er möchte wissen, welche Pläne die Verwaltung diesbezüglich habe.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer betont, daß interkommunale Zusammenarbeit jeweils eines konkreten Anlasses bedürfe. Ein solcher sei z. B. die Anfrage der Rösrather Feuerwehr nach einer Drehleiter gewesen. Da das Feuerschutzhilfegesetz inzwischen eine Kooperation erlaube und Rösrath ggf. ohnehin auf die Drehleiter der Feuerwache Süd zurückgreife, könne dies zum Anlaß des Abschlusses einer Kooperationsvereinbarung, die eine Kostenerstattung vorsehe, genommen werden. Die Feuerwehr in Odenthal stütze sich ebenfalls auf die von Bergisch Gladbach, so daß eine Beteiligung am beabsichtigten Anbau an das Gerätehaus in Schildgen verhandelt werden könne. Erörtert werden könnten diese Dinge in der Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten.

Die Rekrutierung von Mitgliedern für die freiwillige Feuerwehr sei außerordentlich schwierig. Dennoch gelinge es immer wieder, neue Ausbildungskurse zusammenzustellen. Die Verwertung der Liegenschaft der früheren Feuerwache Nord liege in der Kompetenz des Fachbereiches 8 -Liegenschaften und Wirtschaftsförderung-. Die Feuerwehr selbst habe eine Forderung gegenüber dem städtischen Haushalt, die im Jahresabschluß erwähnt sei.

Herr Albrecht verweist auf den Antrag seiner Fraktion zu einer Kooperation mit den benachbarten Feuerwehren, der noch endgültig abzuarbeiten sei. Die Verwaltung müsse hierzu berichten. Er fragt an, ob eine Kooperation mit den anderen kommunalen Feuerwehren und den Betriebsfeuerwehren ggf. Auswirkungen auf den Personalbestand der städtischen habe.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer betont, daß die Beantwortung dieser Frage vom Charakter der jeweils abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung abhängen. Derzeit erfülle die städtische Feuerwehr die Vorgaben der Bezirksregierung Köln hinsichtlich eines einzuhaltenden Standards noch nicht. Allerdings müsse nach seiner Auffassung im Rahmen von Kooperationen ein Einfrieren oder sogar ein Reduzieren des Personalbestandes der hiesigen Feuerwehr möglich sein.

Herr Hoffstadt regt an, für den Stadtteil Refrath eine Vereinbarung mit der Kölner Feuerwehr abzuschließen.

Fachbereichsleiter Widdenhöfer stellt klar, daß entsprechende Verhandlungen mit der Kölner Feuerwehr bereits stattgefunden hätten. Ihre Ergebnisse seien jedoch bislang negativ, weil die Kostenforderungen von Köln zu hoch lägen. Im übrigen sei von dort darauf hingewiesen worden, daß im Einsatzfalle auch deren freiwillige Feuerwehr alarmiert werde. Dies könne sich ggf. demotivierend auf den weiteren Ausbau der städtischen freiwilligen Feuerwehr auswirken.

Herr Schütz bedauert, daß in der Vorlage lediglich die betriebswirtschaftliche, nicht jedoch die volkswirtschaftliche Sicht zum Tragen komme. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sei die von der Feuerwehr in 2003 erbrachte Leistung durchaus von Interesse.

Frau Schmidt-Bolzmann weist darauf hin, daß ausweislich des Lageberichtes der Betriebskostenzuschuß nicht komplett an die Feuerwehr ausgezahlt wurde. Sie möchte wissen, wie diese ohne den Betrag ausgekommen sei. Hätte eine komplette Auszahlung die Kassenkredite erhöht?

Fachbereichsleiter Widdenhöfer antwortet, daß es sich bei diesem Betriebskostenzuschuß um eine Forderung der Feuerwehr gegenüber dem städtischen Haushalt handle, die dieser nicht habe komplett erfüllen können. Daher bleibe der Betrag als Forderung bestehen. Allerdings müsse nach der Eigenbetriebsverordnung spätestens nach fünf Jahren ein Ausgleich erfolgen. Für 2003 sei die vorgenommene Verbuchung korrekt. Im Falle einer kompletten Auszahlung wären die Kassenkredite zu erhöhen gewesen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende

**Beschlußempfehlung:**

1.

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt gemäß § 26 Absatz 2 Eigenbetriebsverordnung (EigVO NRW) die Bilanz der städtischen Feuerwehr Bergisch Gladbach zum 31.12.2003 in Aktiva und Passiva mit 19.773.104,25 € und die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresverlust von 5.234.542,45 € fest.**

2.

**Der Lagebericht 2003 wird gemäß § 26 Absatz 2 EigVO NRW festgestellt.**

3.

**Der Jahresverlust von 5.234.542,45 € zuzüglich des aus 2002 vorgetragenen Verlustes von 435.114,11 €, insgesamt 5.669.656,56 €, wird mit 120.381,45 € aus der allgemeinen Rücklage und mit 5.370.946,40 € aus zweckgebundenen Rücklagen abgedeckt. Der danach verbleibende Verlust von 178.328,71 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**

12. **<-@**  
**Benennung von Straßen im B-Plan Gebiet Nr. 1494 - Auf m Büchel - und der neuen Erschließungsstraße an der Straße Seelsheide**

@-> Herr Schütz bewertet die vorgeschlagenen Straßennamen als etwas „provinziell“. Er weist auf eine bestehende Liste mit Namen bedeutender Frauen hin, nach deren Inhalt Straßenbenennungen vorgeschlagen werden könnten. Er möchte wissen, warum diese Liste hier keine Anwendung finde.

Frau Kreft ergänzt, daß ein Beschluß des Hauptausschusses eine Benennung neuer Straßen nach bedeutenden Frauen vorgebe.

Bürgermeister Orth entgegnet, daß es für die Benennung von Straßen einen ganzen Kriterienkatalog gebe, der neben einer Benennung nach bedeutenden Frauen auch eine solche nach bestehenden Ortsbezeichnungen zulasse. Von letzterem werde in der Vorlage Gebrauch gemacht.

Herr Waldschmidt gibt zu bedenken, daß die vorgeschlagenen Straßennamen zumindest zum Teil mit den dort wohnenden Anliegern abgestimmt wurden. Eine Benennung nach bedeutenden Frauen würde die betroffenen Bürger vor einige Probleme stellen.

Bürgermeister Orth stimmt dem zu.

Auch Herr Nagelschmidt hält eine Benennung der drei in Rede stehenden Straßen nach bedeutenden Frauen für wenig sinnvoll. Er schlägt vor, daß dem Hauptausschuß die angesprochene Liste noch einmal zur Kenntnis gegeben wird und eventuell an anderer Stelle zum Tragen komme.

Herr Freese ergänzt, daß es sich bei nach bedeutenden Frauen zu benennenden Straßen um solche mit einer gewissen Bedeutung handeln sollte. Im vorliegenden Falle handele sich jedoch nur um recht kleine Erschließungen.

Sodann faßt der Hauptausschuß einstimmig bei Stimmenthaltung der KIDinitiative folgenden **Beschluß**:

<-@

- @-> 1) Die westlich im B-Plan Nr. 1494- Auf'm Büchel - gelegene Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „Kamp“.
- 2) Die östlich im B-Plan Nr. 1494- Auf'm Büchel - gelegene Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung „Auf'm Büchel“.
- 3) Die neue Stichstraße an der Straße Seelsheide erhält die Bezeichnung „Seelsheider Wiese“

<-@

13. **Gewerbegebiet Obereschbach;**  
**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.06.2004**

@-> Der Hauptausschuß faßt einstimmig folgenden **Beschluß**:

<-@

@-> Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Planungsausschuß überwiesen.

<-@

14. **Beratende Mitglieder in Ratsausschüssen**

@-> Bürgermeister Orth erläutert, daß sich der Ältestenrat in seiner letzten Sitzung der in der Beschlußvorlage vertretenen Auffassung der Verwaltung angeschlossen habe. Über die in den Gremien bereits zugelassenen Vertreter der Beiräte hinaus sollte keinen anderen Organisationen eine beratende Funktion in den Fachausschüssen eingeräumt werden, um deren Aufblähung zu verhindern und ihre Arbeitsfähigkeit zu sichern.

Frau Koshofer beantragt, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Ihre Fraktion sehe in einer positiven Entscheidung über das Anliegen des Stadtsportverbandes keinen Präzedenzfall, da es vergleichbare Organisationen mit gleichem Wunsch wahrscheinlich kaum gebe. Zudem repräsentiere der Stadtsportverband nahezu ein Viertel der städtischen Einwohner. Sie schlägt vor, die Angelegenheit vor diesem Hintergrund noch einmal zu überprüfen.

Frau Ryborsch unterstützt diese Argumentation, da es sich beim Stadtsportverband nicht um einen einzelnen Sportverein, sondern um eine Dachorganisation handele.

Bürgermeister Orth stellt klar, daß die von Frau Koshofer gewünschte Prüfung bereits stattgefunden habe. Aus deren Ergebnis resultiere der zur Abstimmung stehende Beschlußvorschlag.

Auch Herr Schütz spricht sich für eine Vertagung aus.

Herr Nagelschmidt ist gegen eine Vertagung. Es gebe zu viele Interessengruppen und Verbände, die ebenfalls eine Einbindung in die Ausschüsse für sich reklamieren könnten.

Auch Herr Schneeloch hält eine Vertagung für nicht erforderlich.

Sodann lehnt der Hauptausschuß den Antrag auf Vertagung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD ab.

Herr Schütz sieht bereits in einer Einbindung der Beiräte den Präzedenzfall als eingetreten an. Zudem sehe er keineswegs eine zwingende Verpflichtung, nach einer Einbindung des Stadtsportverbandes aus Gründen der Gleichbehandlung auch anderen Verbänden derartiges zuzugestehen. Man könne über jeden einzelnen Antrag auf Partizipation einzeln nach Sachkriterien befinden.

Frau Koshofer sieht eine Beteiligung des Stadtsportverbandes auch vor dem Hintergrund der Haushaltssituation der Stadt als sinnvoll an. Zudem erfolge damit eine stärkere Einbindung der Bürgerschaft in die Entscheidungsfindung.

Auf Nachfrage von Frau Beisenherz- Galas informiert Bürgermeister Orth darüber, daß es bislang nur den Antrag der Stadtsportverbandes auf Partizipation gebe.

Auch Herr Albrecht sieht in einer Einbindung der verschiedenen Verbände und Interessengruppen in die Fachausschüsse die Gefahr von deren Aufblähung. Damit werde ein ökonomisches Arbeiten in diesen Gremien äußerst erschwert. Die Fraktionen hätten die Möglichkeit, sich den notwendigen Sachverstand auf eigene Initiative zu besorgen.

Sodann unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat zunächst mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD bei zwei Stimmenthaltungen folgende **Beschlußempfehlung:**

**Von der Möglichkeit, Vertreterinnen und Vertreter von örtlichen Vereinen und Verbänden als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW in die freiwilligen Ratsausschüsse zu wählen, wird kein Gebrauch gemacht.**

Danach unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und SPD folgende **Beschlußempfehlung:**

**Das Anliegen des Stadtsportverbandes Bergisch Gladbach vom 20.10.2004, eine Vertreterin/einen Vertreter als beratendes Mitglied in den Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport zu entsenden, wird deshalb zurückgewiesen.**

Zuletzt unterbreitet der Hauptausschuß dem Rat einstimmig folgende **Beschlußempfehlung:**

**Auf Vorschlag des Seniorenbeirates der Stadt Bergisch Gladbach werden fol-**

gende Mitglieder dieses Gremiums als sachkundige Einwohnerin /sachkundige Einwohner gewählt:

**Sozialausschuß:**

beratendes Mitglied: Frau Gertrud Coester  
Stellvertreter: Herr Hans Kölschbach

**Ausschuß für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr:**

beratendes Mitglied: Frau Käthe Berghausen  
Stellvertreter: Herr Hermann Becker

**Planungsausschuß:**

beratendes Mitglied: Herr Manfred W. Kautz  
Stellvertreter: Herr Rainer Möller

**Ausschuß für Bildung, Kultur, Schule und Sport:**

beratendes Mitglied: Herr Willy Joppich  
Stellvertreterin: Frau Eva Marie Beisner

**Integrationsbeirat:**

beratendes Mitglied: Herr Rainer Möller  
Stellvertreter: Herr Hermann Becker

**Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen:**

beratendes Mitglied: Herr Manfred W. Kautz  
Stellvertreterin: Frau Gertrud Coester

<-@

15. Berufung der Mitglieder des Beirats für die Belange von Menschen mit Behinderung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

@-> Der Hauptausschuß unterbreitet dem Rat einstimmig folgende Beschlußempfehlung:

<-@

@-> Gemäß § 3 der Satzung des *Beirats für die Belange von Menschen mit Behinderung* und der Gemeindeordnung NW wählt der Rat der Stadt Bergisch Gladbach auf Vorschlag der AG Behindertenhilfe im Rheinisch Bergischen Kreis die in der Anlage 1 benannten Personen.

<-@

16. Bericht aus dem Integrationsbeirat

@-> Bürgermeister Ort berichtet, daß der Integrationsbeirat mit einer geringen Wahlbeteiligung von 5,1 Prozent am 21.11.2004 gewählt wurde. Auf die „Internationale Liste“ entfielen 85 % der abgegebenen Stimmen. Die konstituierende Sitzung des Gremiums finde am 16.12.2004 statt.

Der Hauptausschuß nimmt diese Information zur Kenntnis.

<-@

17. **Antrag der FDP-Fraktion vom 15.11.2004 zur Einführung eines Ratsinformationssystems**

@-> Frau Schmidt-Bolzmann ist im Grundsatz mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden, bittet jedoch darum, durch Einsatz entsprechenden Personals die Umsetzung des Ratsinformationssystems zu forcieren. Es sei notwendig, nunmehr endlich die Bürgerschaft an den Möglichkeiten dieses EDV- Programms teilhaben zu lassen. Durch die Zeitungen werde eine umfassende Information nicht gewährleistet. Dies betreffe insbesondere komplexe städtische Angelegenheiten wie z. B. die Verabschiedung eines Haushalts. Kurzfristig sollten zumindest Sitzungstermine, Tagesordnungen und Beratungsergebnisse der Bürgerschaft zugänglich gemacht werden. Der Vorschlag, den Stand des Verfahrens in den Fraktionen vorzustellen, werde begrüßt.

Fachbereichsleiter Kreilkamp betont, daß der Bürgermeister das Ratsinformationssystem grundsätzlich über das Internet zugänglich machen wolle. Die technischen Voraussetzungen hierzu seien inzwischen weitgehend geschaffen, es fehle jedoch an der personellen Ausstattung. Es handele sich im übrigen um eine freiwillige Aufgabe, die erledigt werde, soweit die Zeit und die personelle Situation dies zulasse. Es mache allerdings nur dann einen Sinn, das System ins Internet zu stellen, wenn ein gewisser Qualitätsstandard gewährleistet sei. Lückenhafte Informationen seien in diesem Rahmen nicht angebracht und führten lediglich zu einem Erklärungsnotstand. Er bietet an, Mitgliedern aus allen Fraktionen den Stand des Verfahrens zu demonstrieren. Zugleich werde geprüft, inwieweit eine Verbesserung der personellen Situation in diesem Bereich möglich sei.

Herr Schneeloch weist darauf hin, daß in der Vorlage zwischen dem Internet und dem städtischen Intranet unterschieden werde. Seiner Auffassung nach müsse es möglich sein, das Ratsinformationssystem den Fraktionen und den Mandatsträgern über letzteres preiswert und schnell zugänglich zu machen. Eventuell müsse hierfür jedem Zugriffsberechtigten eine eigene Kennung zugewiesen werden. In Bezug auf das Internet sei natürlich der Datenschutz zu berücksichtigen.

Fachbereichsleiter Kreilkamp erläutert, daß das städtische Intranet nur rein dienstlichen Belangen zur Verfügung stehe. In ihm gebe es interne Dokumente, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden dürften. Softwareseitig sei es an eine Nutzung von Lotus Notes gekoppelt. Das Ratsinformationssystem sei eine eigene Software und beziehe sich demgegenüber ausschließlich auf die Rats- und Ausschußarbeit. Auch hier gebe es nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Informationen.

Herr Freese schlägt vor, stufenweise zunächst zumindest die Fraktionsgeschäftsstellen an das Ratsinformationssystem anzuschließen. Hieraus könne sich auch ein Einspar-effekt dahingehend ergeben, daß sich der Umfang der ansonsten zu druckenden Vorlagen reduziere. Der Antrag der FDP-Fraktion müsse Veranlassung sein, zunächst zumindest Verbesserungen für die Fraktionen und die Ratsmitglieder herbeizuführen.

Herr Schütz geht davon aus, daß das städtische Intranet bereits jetzt softwareseitige Lösungen vorhalte, die eine Abgrenzung von Zugriffsrechten der Mitarbeiter untereinander auf Informationen oder Aktenbestände regelten. Auch er hält es für erforderlich, zumindest den Ratsmitgliedern einen EDV- seitigen Zugriff auf Sitzungsunterlagen zu ermöglichen. Dies würde deren Arbeit erheblich vereinfachen.

Herr Ziffus weist auf die mit einer verstärkten Nutzung des Ratsinformationssystems durch die Fraktionen und deren Mitglieder einhergehenden technischen Anforderungen hin. So müßten dann zumindest alle Ratsmitglieder über einen Laptop verfügen, der verwaltungsseitig zur Verfügung zu stellen sei. Zudem seien die Fraktionen dann ggf. mit Beamern auszustatten. Hieraus ergebe sich ein enormer technischer und finanzieller Unterhaltungsaufwand. Zu berücksichtigen sei dann auch die Gefahr durch Viren und andere Schädlinge.

Herr Nagelschmidt schlägt vor, für Maßnahmen im Sinne des Antrages mit Blick auf den kommenden Haushalt einen Kosten- und Zeitplan zu erarbeiten, der ggf. bereits mögliche Einsparungen enthalte.

Frauen Beisenherz- Galas geht davon aus, daß eine Ankoppelung des Ratsinformationssystems an das Internet nur ein zusätzlicher Service für die Bürgerschaft und die Mandatsträger sein könne. Das gedruckte Papier werde hierdurch keinesfalls ersetzt. Im Grundsatz sei die Idee allerdings zu begrüßen.

Frau Holzmann regt an, bei vergleichbar strukturierten Gemeinden Informationen über Kosten und personellen Aufwand bei der Einführung und Handhabung eines Ratsinformationssystems einzuholen. Dadurch werde ein Vergleich möglich.

Bürgermeister Orth resümiert, daß es sich um einen positiven Antrag handle. Die Verwaltung sei bei der Umsetzung des Ratsinformationssystems bereits sehr weit gekommen, unterliege dabei jedoch den haushaltswirtschaftlichen Zwängen. Dennoch würden die Bemühungen im Sinne des Antrages fortgesetzt.

Fachbereichsleiter Kreilkamp stellt nochmals klar, daß das Intranet rein dienstlichen Zwecken diene und daher weder der Öffentlichkeit noch dem politischen Raum zugänglich gemacht werden könne. Er sichert zu, den Fraktionen kurzfristig den Sinn und die Funktion des Ratsinformationssystems in einer Veranstaltung vorzuführen. Danach könne eine Beratung darüber stattfinden, was an weiteren Maßnahmen notwendig sei. An den Voraussetzungen, zumindest Teile über das Internet zugänglich zu machen, werde weitergearbeitet.

Herr Dr. Kassner gibt zu bedenken, daß der Zugriff auf das Ratsinformationssystem durch die Mitglieder der Fraktionen ggf. der Einrichtung eines eigenen Fraktions-Netzes bedürfe. Denkbar sei bereits jetzt, Sitzungsunterlagen den Rats- und Ausschußmitgliedern per E-Mail zu übersenden.

Bürgermeister Orth sichert zu, daß diese Anregung geprüft wird.

Es besteht Einvernehmen, daß im Sinne der obigen Ausführungen verfahren wird.

**<-@**  
**17. Antrag der CDU-Fraktion vom 17.11.2004 zum Thema "Bürgerhaushalt"**

**@->** Herr Albrecht hält eine zeitnahe Aufstellung eines Bürgerhaushaltes vor dem Hintergrund der prekären finanziellen Situation der Stadt für notwendig. Dieser solle dazu dienen, der Bürgerschaft die Notwendigkeit von Einsparmaßnahmen zu verdeutlichen. Sie könne in einem gewissen Rahmen mitdiskutieren und entscheiden. Er bean-

tragt, einen solchen Haushalt bereits für 2005 aufzustellen. Er nehme dabei in Kauf, daß der Gesamthaushalt dadurch unter Umständen nicht bereits im März 2005 verabschiedet werden könne.

Herr Ziffus betont die Zuständigkeit des Rates für die Verabschiedung des Haushalts. Die alleinige Verantwortung für diesen liege somit bei dessen Mitgliedern. Er weist darauf hin, daß er bereits im vergangenen Jahr ein ähnliches Anliegen in Form eines Gesprächskreises versucht habe zu verwirklichen. Dem habe die CDU-Fraktion seinerzeit nicht zugestimmt. Eine offene Haushaltsführung sei in den vergangenen Jahren von ihr stets verhindert worden.

Herr Nagelschmidt entgegnet, daß sich seit letztem Jahr die Haushaltslage nochmals verschärft habe. Daher sei der Antrag seiner Fraktion gerechtfertigt. Hinsichtlich der an der Aufstellung eines Bürgerhaushaltes teilnehmenden Bürger bittet er sicherzustellen, daß diese eine Zahl von 300 nicht unterschreiten. Um dies sicherzustellen, werde im Antrag von ca. 800 bis 1000 Personen gesprochen.

Herr Schneeloch geht davon aus, daß nur die Möglichkeit einer tatsächlichen Mitbestimmung eine ausreichende Motivation zur Teilnahme der Bürgerschaft am Projekt sei. Ansonsten werde die Angelegenheit sehr schnell im Sande verlaufen. Die von der CDU-Fraktion gewünschte Realisierungsfrist sei völlig utopisch.

Herr Hoffstadt geht mit Blick auf die Erfahrungen der Stadt Köln bei der Beteiligung von deren Bürgern an der Erarbeitung eines Leitbildes davon aus, daß es bereits einen erheblichen Zeitaufwand erfordere, die sich beteiligenden Personen auf einen einheitlichen Wissensstand zu bringen. Daher sei die geäußerte Zeitvorstellung unrealistisch. Zunächst seien etwa 10 bis 15 Verwaltungsmitarbeiter bereitzustellen, um in etwa einem halben Jahr ein solches Ziel zu erreichen. Die Begründung der Aufstellung eines Bürgerhaushaltes mit der prekären Haushaltslage sei unredlich, da dies den Eindruck erwecke, das Engagement der Bürgerschaft sei nur vor diesem Hintergrund erwünscht.

Herr Albrecht weist diesen Vorwurf zurück. Der Bürgerhaushalt sei eine Möglichkeit, bis 2007 das Haushaltssicherungskonzept unter Beteiligung der Bürgerschaft abzuarbeiten.

Herr Schütz geht davon aus, daß den meisten Bürgern von Bergisch Gladbach die tatsächliche finanzielle Situation mit einem Schuldenberg von 260 Millionen € nicht bewußt oder bekannt ist. Hier Einsichten zu vermitteln könne die Aufgabe eines Bürgerhaushaltes sein. Nicht klar sei ihm die konkrete Umsetzung des Projektes. So interessiere ihn, wie die zu beteiligenden Bürger ausgewählt werden. In den Prozeß einzubinden seien Personen, die sich tatsächlich für die Materie interessierten. Sinnvoll wäre es zudem, im Rahmen des Projektes den Haushaltsplanentwurf via Internet zugänglich zu machen. Die im vorhergehenden Tagesordnungspunkt 14 gerade abgelehnte Beteiligung des Stadtsportverbandes wäre eine gute Möglichkeit für eine Rekrutierung von Interessenten gewesen.

Bürgermeister Orth gibt zu bedenken, daß die Verwaltung sehr große Probleme bei einer Umsetzung des Antrages der CDU-Fraktion haben werde. Zudem könne eine Verschiebung des Ratsbeschlusses über den Haushalt 2005 aufgrund der weitreichenden Konsequenzen nicht so einfach erfolgen. Zwischen der Einbringung des Haushal-

tes im Januar 2005 und seiner Verabschiedung im März 2005 könne die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes keinesfalls geleistet werden. Möglich sei eine Realisierung des Projektes erst für das Haushaltsjahr 2006. Sollte sich die Verabschiedung des Haushaltes für 2005 verzögern, könnten der Hauptausschuß sowie der Finanz- und Liegenschaftsausschuß die Angelegenheit in ihren Frühjahrs-Sitzungen aufgreifen, um das von der Verwaltung Leistbare mit dem von der Politik Gewünschten abzugleichen. Nur so könnten konkrete Vorschläge unterbreitet werden.

Herr Nagelschmidt betont, es sei nicht die Zielsetzung des Antrages, Lobbyisten über das zufällige Maß hinaus für die Mitarbeit an einen Bürgerhaushalt zu gewinnen. Dem Vorschlag des Bürgermeisters könne er folgen.

Bürgermeister Orth bekräftigt nochmals seine Argumentation. Nur wenn sich die Verabschiedung des Haushaltes für 2005 verschiebe, sei eine Behandlungen des Themas in den Frühjahrssitzungen von Haupt- sowie Finanz- und Liegenschaftsausschuß sinnvoll.

Frau Beisenherz- Galas betont, daß bereits die frühere Bürgermeisterin Opladen auf Initiative von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zugesichert hatte, das Anliegen eines Bürgerhaushaltes zu prüfen.

Herr Ziffus hält eine Information der Bürger über den Haushalt 2005 im Wege einer Postwurfsendung für möglich. Eine solche Maßnahme sei für andere Bereiche schon öfter durchgeführt worden. Zudem könne man eine solche Information unter Ergänzung der jeweils zuständigen Verwaltungsbereiche auch in das Internet stellen. Auf die entsprechende URL sei in der Postwurfsendung hinzuweisen. Auf diese Weise könnten sich die Bürger bereits 2005 mit den grundlegenden Gegebenheiten eines städtischen Haushaltes vertraut machen. Für 2006 solle dann die Aufstellung des eigentlichen Bürgerhaushaltes erfolgen.

Für Frau Kreft ist es notwendig, die genauen Kosten der Durchführung des Projektes zu ermitteln und im Auge zu behalten.

Es besteht Einvernehmen, daß entsprechend den Ausführungen von Bürgermeister Orth verfahren wird.

<-@  
**18. Anfragen der Ausschußmitglieder –öffentlicher Teil -**

@-> Anfrage zur Benennung von sachkundigen Bürgern  
-----

Herr Freese fragt an, ob in der konstituierenden Sitzung des Rates am 14.10. 2004 im Rahmen der Besetzung der Ausschüsse bereits alle sachkundigen Bürger benannt wurden. Hierzu habe es in der SPD-Fraktion im Vorfeld der Sitzung des Planungsausschusses am 25.11.2004 und des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr Unsicherheit gegeben.

Bürgermeister Orth bestätigt, daß in der genannten Sitzung des Rates im Rahmen der Besetzung der Ausschüsse die sachkundigen Bürger von den Fraktionen benannt wurden. Dies gelte insbesondere für Herrn Schwammborn von der Fraktion BÜNDNIS

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Bürgermeister Orth schließt die öffentliche Sitzung.

<-@